**Langenfeld, 02. Nov. 2026 –** Die Jugend ist wütend!

Da soll man nicht wütend werden. Es werden keine Probleme abgeräumt – es kommen nur neue hinzu. Die sozialen Fragen, die die Zukunft der nachfolgenden Generationen betreffen, bleiben ungelöst. Alle werden ungeduldig und wollen wissen, wie es weiter geht. Junge Menschen fragen sich, ob sie verantworten können, Kinder in diese unsicherer werdende Welt zu setzen. Da muss man nicht zuerst an Kriege denken. Junge Leute werden zu Recht nachdenklich, wenn sie den Eindruck gewinnen, dass die politische Debatte an ihnen vorbeigeführt wird. Das politische Establishment schaut immer noch auf Wahltage und nicht auf die Komplexität der Themen. Reflexartig werden Proteste junger Menschen abgedrängt. Bei der Bewegung „Fridays for future“ wurde schnell unterstellt, dass die Schüler wohl in erster Linie ein längeres Wochenende wollen. Man hatte gehofft, der Mief der frühen Jahre unserer Republik wäre längst verzogen. Nun gehen überwiegend junge Leute auf die Straße -nicht nur in Deutschland- und beklagen Missstände im Bildungsbereich, zu hohe Kosten für Wohnen und Leben, eine drohende Wehrpflicht und ungelöste Zukunftsfragen. Leider haben die ersten offiziellen Reaktionen nichts mit den Sorgen der jungen Generationen zu tun. Die Innenminister, als oberste Hüter von Recht und Ordnung, melden sich zu Wort und sind sich überwiegend einig, dass die Anzahl der geborstenen Schaufenster in den deutschen Innenstädten so hoch ist, dass über die Einschränkung der Versammlungsfreiheit nachgedacht wird. Als würde der Staat sehnsüchtig auf vermeintlich linksorientiertes Handeln warten, um seine Stärke und Macht zu zeigen. Einem solchen Staat könnte man in dieser Tradition attestieren: „Thema verfehlt – setzen, sechs.“ Wo bleibt die inhaltliche Auseinandersetzung. Der Staat muss sich mit den Themen der gesellschaftlichen Gruppen auseinandersetzen – nicht nur mit den Ansichten politischer Parteien. Das Thema Verteidigung der Demokratie der Bundesrepublik Deutschland wird zunehmend von Vokabeln wie Kriegstüchtigkeit und dem Ziel stärkste Armee Europas werden zu wollen, überlagert. Gleichzeitig soll eine Armee entstehen, dessen Soldaten vorher nicht gefragt wurden, ob sie den eingeschlagenen Weg aus Überzeugung mitgehen wollen. Sie bekommen vermutlich überwiegend beim Anblick von Vernichtungswaffen eine andere Gänsehaut als der Verteidigungsminister sie bekommen hat. Er bekam eine Gänsehaut, als er sich von der Kraft der von ihm betrachteten Tarnkappenbombern beeindrucken ließ. Militärische „Wunderwaffen“ schaffen aber keine echte Sicherheit – sie schüren Angst. Keiner hat die jungen Leute gefragt, ob sie diese Entwicklung wollen. Wir müssen jetzt nochmal mehr Demokratie wagen, um diese weiter zu schützen.

Bestbo – Boris Joswig -boris.joswig@web.de